



Österreich



Löhne rauf – Mieten runter

Die Teuerung erreicht jeden Monat neue Rekordhöhen. Nun sollen auch noch die Kategoriemieten erhöht werden. Davon sind hunderttausende Menschen in Österreich betroffen. Um die sinkenden Lebensstandards wirksam zu bekämpfen wäre das Gegenteil nötig: Höhere Löhne und niedrigere Mieten. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Arbeit bis zum Umfallen?

Die EU erlaubt nun Wochenarbeitszeiten bis zu 65 Stunden. Um Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, wäre jedoch eine Verkürzung auf 30 Stunden ohne Lohnverlust und mit Personalausgleich notwendig. SEITE 3

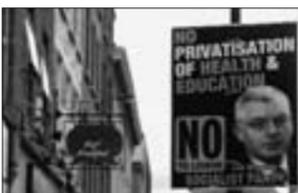
Schwerpunkt



Prag 1968: Eine Chance für echten Sozialismus!?

1968 überrollten sowjetische Panzer die Hoffnungen hunderttausender Menschen in der Tschechoslowakei. Woran ist die Bewegung für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz gescheitert? SEITEN 4/5

Internationales



Irische ArbeiterInnen lehnen EU-Vertrag ab

VORWÄRTS sprach mit dem Sozialisten und ehemaligen Abgeordneten zum irischen Parlament Joe Higgins über das irische Nein, dessen Gründe und Auswirkungen. Joe analysiert auch das fragile NEIN-Bündnis. SEITE 7

Jetzt reicht's:

Die Zeit ist reif für die Linke!

Von Michael Gehmacher, SLP Wien

Mit den Worten "Es reicht" hat VP-Vizekanzler Molterer ausnahmsweise einmal etwas ausgesprochen, was viele Menschen denken. Uns reicht es schon lange. Selbst die meisten Medien geben es heute zu: Die Zeit ist auch in Österreich reif für eine kämpferische linke Opposition! Eine Opposition, die heiße Eisen wie die Teuerung bei Mieten und Lebensmitteln oder die Entlassungen bei Siemens aufgreift. Eine Opposition, die aktiv für höhere Löhne kämpft und Widerstand gemeinsam mit den Betroffenen organisiert.

Die Bilanz der großen Koalition ist verheerend

Die von der SPÖ geführte große Koalition hat dort weiter gemacht, wo die Schlüssel-Regierung aufgehört hat: Die Stichworte sind Pensionsreform, Asylpolitik, Polizeibefugnisse, Eurofighter und Studiengebühren. Groß angekündigte Projekte wie die Mindestsicherung haben sich als versteckte Angriffe auf sozial Schwache entpuppt. Kein Wunder, dass diese Regierung die schlechtesten Umfragewerte in der Nachkriegsgeschichte kennzeichnete. Sowohl SPÖ wie ÖVP haben sich Anfang Juli zu Manövern entschlossen, die man nur mehr als peinlich bezeichnen kann. Faymann und Gusenbauer schrieben einen Brief an Krone-Chef Dichand. Molterer und Co. riefen bekanntlich darauf hin – in angeblicher Sorge um die Stabilität der Regierung – Neuwahlen aus. Jeder weiß aber: Die ÖVP möchte in Wahrheit die tiefe Krise der SPÖ nutzen, um das letzte Wahlergebnis zu "korrigieren". Doch egal, welche Konstellationen nach den Septemberwahlen zustande kommen – von Schwarz-Grün über eine neue große Koalition, bis hin zu SPÖ-FPÖ scheint ja nichts ausgeschlossen – an der Belastungspolitik, aber auch der Krise der gesamten politischen Kaste wird sich nichts ändern.



Fehlt die linke Alternative profitieren Fritz, HC & Co.

"Das kleinere Übel (SPÖ oder Grüne wählen) ist in den letzten 20 Jahren verdammt groß geworden" oder "Endlich ist die Chance auf eine linke Alternative da" – so könnte man den Tenor vieler Mails und Anrufe im SLP-Büro Anfang Juli beschreiben. Tatsächlich: Die SPÖ zu wählen, statt eine linke Alternative aufzubauen, vergrößert die Misere weiter.

Die rechtsextreme Politik von BZÖ und FPÖ ist heute stärker denn je – sie kann nur durch aktive politische Mobilisierung besiegt werden. Wenn es keine linke Kandidatur gibt, kann die Energie von jenen schnell verpuffen, die etwas Neues aufbauen wollen. Und auf der Wahllebene profitieren davon nur dubiose Listen wie Dinkhauser oder ebe-

ne Rechtsextreme wie die FPÖ. Ein Zeitungskommentar trug die Überschrift: "Auf die Kleinen kommt es an. Die Wahl 2008 kann zu einer völlig neu strukturierten Parteienlandschaft führen" (Standard, 11.7.2008). Das gilt vor allem auch für eine neue linke Kraft – wenn sie nur antritt!

Linke Kandidatur ist wichtige Voraussetzung für neue Linkspartei

Die konkrete politische Arbeit, Kampagnen und auch Wahlkämpfe zeigen die unterschiedlichen Positionen und die Gemeinsamkeiten auf. Das Ergebnis einer solchen Kandidatur ist noch keine fertige linke Partei. Aber die Kandidatur kann ein wichtiger Schritt zu ihrem Aufbau und ihrer Festigung sein. Dazu ist es wichtig, aus vergangenen Projekten zu lernen und einen "Kampagnen-

wahlkampf" zu führen, der uns deutlich von den etablierten Parteien und dem Rassismus der Rechten unterscheidet.

Ein solches Projekt braucht AktivistInnen und KandidatInnen, die aktiv, auf der Straße, im Betrieb, in Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern für Kernforderungen eintreten. Es muss ein offenes und demokratisches Projekt sein, das sich im Laufe der Kampagne auch noch verändern wird und offen für Menschen aus ÖGB, SPÖ und Grünen ist, die mit der Politik ihrer Führung nicht mehr einverstanden sind.

Die SLP meint, dass eine solche neue politische Kraft auch aufzeigen muss, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die tagtäglichen Probleme zu lösen, sondern dass er im Gegenteil die Ursache der Probleme ist. Wir meinen, dass es notwendig ist, die Logik der sogenannten "Sachzwänge" des Kapitalismus zu durchbrechen.

Linke kandidieren – die Frage ist nur wie breit!

Es wird bei diesen Wahlen in jedem Fall linke Kandidaturen geben: Die Bundes-KPÖ hat schon erklärt, wie eh und je antreten zu wollen; ganz so, als ob alles beim Alten geblieben wäre. Die Chance wäre aber, JETZT ein breites, bundesweites Linksbündnis auf die Beine zu stellen und die eingefahrenen Wege zu verlassen. Dafür tritt vor allem die SLP ein, die seit Monaten deutlich gemacht hat, für einen solchen Schritt auf ein eigenständiges Antreten verzichten zu wollen. Die vielen Rückmeldungen, die wir dafür erhalten, sind jedenfalls motivierend. Wir sind daher überzeugt: Die Linke könnte bei diesen Wahlen in jedem Fall breiter und vernetzter als bisher antreten. Die SLP ist ein maßgeblicher Teil dieser Bestrebungen. Ihre AktivistInnen werden daher bei dieser Wahlauseinandersetzung aktiv eingreifen. Wenn Du/Sie eine solche Kandidatur bzw. Partei möchtest, dann ist aktive Mitarbeit und Unterstützung ein wichtiger Schritt.

Der Standpunkt

Von zarten Pflänzchen,
großen Risiken und noch größeren Chancen

von Sonja Grusch, SLP-Bundessprecherin



Die SLP tritt seit langem für den Aufbau einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche ein. Die Entfaltung der Wirtschaftskrise, die katastrophalen Resultate der SPÖ-Regierungspolitik, der neuerliche Aufschwung der FPÖ, die Stärke der ÖVP, aber auch das fast vollständige Fehlen von linkem Widerstand in der SPÖ – all das bestätigt diese Position. Nun gibt es erstmals Ansätze für den Aufbau einer neuen Linkspartei. Doch der Weg dorthin ist der "Jakobsweg" der Linken. Über das wie und wann gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Am 5. Juli trafen sich in Wien rund 70 Menschen, um über den Aufbau einer solchen neuen linken Kraft zu reden. Der Ansatz war gemacht. Der fixierte Zeitplan war knapp 24 Stunden später durch die Ankündigung von Neuwahlen überholt. Die Frage stellt sich: kann und soll es eine linke Kandidatur dieses Bündnisses geben? Oder ist ein solcher Schritt übereilt und gefährdet er das längerfristige Projekt einer neuen Linkspartei?

SLP ist für linke Bündniskandidatur

1. Weil der Wunsch bei vielen Menschen nach einer wählbaren Alternative, aber auch nach einer Organisation, bei der man mitmachen kann, groß ist. Die Notwendigkeit für eine linke Kandidatur ist enorm.
2. Weil nur die FPÖ und Pseudo-Rebellen wie Dinkhauser davon profitieren, wenn es keine linke Wahlalternative gibt.
3. Weil die KPÖ nicht in der Lage ist, eine lebendige, neue und kämpferische Wahlalternative anzubieten, sondern lieber wie seit Jahrzehnten allein ihr fades Süppchen kocht.
4. Weil eine Kandidatur nicht im Widerspruch zu einer aktiven Kampagne gegen Teuerungen und für kräftige Lohnerhöhungen bei der Herbstlohnrunde steht. Im Gegenteil kann eine kämpferische linke Kandidatur dem unpolitischen Einheitsbrei eine offensive Kampagne entgegensetzen.
5. Weil der Aufbau einer neuen Partei nicht abgehoben von den real stattfindenden politischen Ereignissen stattfindet. Jetzt sind Neuwahlen, jetzt gibt es die Suche nach einer Alternative. Gibt es keine Kandidatur, ist das Projekt neue Linkspartei ins Koma versetzt. Eine linke Bündniskandidatur ist noch keine neue Linkspartei. Aber ein Schritt in diese Richtung.
6. Weil ein Wahlkampf den Formierungsprozess einer neuen Partei schärfen würde. Es müssten konkrete Fragen und Kampagnen debattiert werden. Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden deutlicher. Klar wird auch, wer wirklich etwas tun will und anpackt und wer nur davon redet.
7. Weil ein Antreten Öffentlichkeit schafft, die eine Kampagne nicht schafft. Und das Projekt Linkspartei "in aller Munde" ist. Entscheidend ist nicht das Ergebnis, sondern der Versuch.
8. Weil der Aufbau der neuen Partei nicht erst mit dem 28.9. beginnt, sondern jetzt. Weil er aber auch nicht mit dem 28.9. abgeschlossen ist, sondern maximal die erste Runde.

Linke Kandidatur ist ein notwendiges Risiko

Das österreichische Wahlrecht ist undemokratisch. Neben finanzieller Hürden gibt es die "Unterstützungserklärungen" die jede nicht im Nationalrat vertretene Liste sammeln muss. Die 2600 Unterschriften zu bekommen ist mühsam, aber möglich. Das Sammeln bietet die Gelegenheit für tausende Diskussionen mit potentiellen AktivistInnen einer neuen Linkspartei.

Natürlich ist die Kandidatur eines Bündnisses, dass sich noch gar nicht richtig formiert hat, ein Risiko. Fehler werden gemacht - und korrigiert werden. Politische Differenzen werden aufbrechen - und diskutiert werden. Strukturen werden sich als ungeeignet erweisen - und bessere geschaffen.

Der frühe Wahltermin und die undemokratischen Hürden machen eine Kandidatur schwierig. Es ist verständlich, dass Viele denken "das schaffen wir nicht". Das linke Projekt steht am Anfang. Aber wir können nicht auf die nächsten Wahlen warten. JETZT ist ein solches linkes Antreten notwendig. Die - zugegebenermaßen hohen - Hürden können gemeinsam genommen werden. Gerade jetzt wäre es wichtig aufzuzeigen dass es eine linke Alternative zum letzten Aufgebot der SPÖ-Führung gibt. Eine solche Initiative kann, mit einer Politik, die sich auf die arbeitende Bevölkerung orientiert, einen Schritt nach vorn zum Aufbau einer neuen Linkspartei bedeuten. Sie wäre nicht nur für jene attraktiv, die schon jetzt nach einer linken Alternative suchen, sondern auch für jene, die im September "noch einmal" die SPÖ als "kleineres Übel" wählen wollen.

Nein, die Rahmenbedingungen sind nicht optimal. Viel steckt noch in den Anfängen, die Hindernisse sind groß, vieles ist noch nicht ausdiskutiert. Aber JETZT öffnet sich eine Chance, die in wenigen Monaten vorbei sein könnte. Wenn die Linke keine Alternative anbietet, wird die Rechte sich als solche präsentieren. Es gibt keine Garantie für das Gelingen eines solchen Projektes. Aber es gibt die Notwendigkeit, die Stimmung und die Chance. Das größte Risiko ist es, die Chance, die sich nun bietet, nicht zu ergreifen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U, Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Wird Wohnen jetzt Luxus? Erhöht die Löhne - nicht die Mieten!

Von Wolfgang Fischer, SLP-Wien

Immer mehr Menschen bleibt zum Monatsende kein Cent übrig. Allein für Wohnen wird meist mehr als die Hälfte des Nettolohns ausgegeben. Der Weg in Kredit- und Schuldenfalle betrifft eine steigende Zahl privater Haushalte. Vor allem Teuerungen bei Grundnahrungsmitteln (+7,2%), Energiepreisen (+6,8%) und Wohnkosten (+5,9%, alle %-Angaben bezogen auf ein Jahr) ließen die Inflation im Juni 2008 auf ein Rekordhoch von 3,7% (EU: +4%) ansteigen.

Luxus Wohnen

Schon im April 2008 hatte es die letzte Verteuerung der Richtwertmieten (+2,2%, Quelle AK) gegeben. Doch der nächste gesetzliche Teuerungsschub lässt nicht lange auf sich warten. Im September 2008 werden die Kategoriemieten, die Hausverwaltungskosten und die Erhaltungsbeiträge gleich um fast 6% angehoben, eine weitere inflationsbedingte Anhebung um 3,5% ist im Frühjahr 2009 geplant. Fast eine Million Haushalte sind davon betroffen. Verschärfend wirkt hier die Spekulationsblase am Immobilienmarkt, die realen Quadratmeter(miet)preise liegen oft weit über dem gesetzlichen Niveau.

Der "Inflationstrick"

Problematisch bei der Inflationsberechnung ist nicht zuletzt, dass alltägliche Konsumgüter (Nahrung, Energie, Wohnen) gegenüber nichtalltäglichen "Luxusgütern" (Flugreisen, Autos, Computer, etc) unterrepräsentiert sind. Die tatsächlich "gefühlte" Inflation liegt damit weit über der statistisch berechneten Teuerungsrate, welche auch wenig über die realen Belastungen für ArbeitnehmerInnen aussagt. Die Preissteigerungen bei Energie, Lebensmitteln und Wohnen trifft Menschen mit niedrigem Einkommen besonders hart.

Energiekrise? Spekulationsgewinne!

Groteskerweise ist die hohe Inflation auch kein direkter Ausdruck für die Verknappung an Ressourcen. Seit längerem schraubt sich der Preis für das Barrel Rohöl (Juni 2008: 142 US-\$) kontinuierlich in die Höhe. Doch weder die Krise im Nahen und Mittleren Osten, Chinas Energiehunger oder Engpässe in der Produktion erklären diese Preisexplosion, die sich auch in vielen weiteren Produktionssparten niederschlägt. Börsen-Termingeschäfte (Futures) vieler Investorengruppen haben in der vergangenen Periode enorme Spekulationsgewinne mit Rohstoffhandel aller Art gemacht und damit die Nahrungsmittel- und Energiepreise in astronomische Höhen gejagt. Hunderte Millionen Menschen rund um den Globus sind Opfer dieser kapitalistischen Profitmaximierung, der dahinter stehenden Konzerne und ihrer politischen Lobbyisten.

Eine sozialistische Lösung dieser Grundversorgungsproblematik liegt im Kampf für eine Enteignung der Konzerne im Rohstoff- und Nahrungsmittelbereich, für eine Überführung in gesellschaftliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle gewählter VertreterInnen. Nur so kann eine radikale Änderung in der Versorgungs- und Energiepolitik (Stichwort: Klimawandel) herbeigeführt werden. Auch die oft zitierte Tobin-Tax (Besteuerung der Spekulationsgewinne) hätte nur eine Wir-



kung, wenn alle (!) Geschäftsbücher von Unternehmen offen gelegt würden.

Wirtschaftliche Schwäche

Während selbsternannte Wirtschaftsexperten in den letzten Monaten immer wieder den österreichischen Wirtschaftsboom (magere 3%) bejubelten, wird eines oft verschwiegen: das Wachstum der letzten Jahre war in erster Linie von Investitionen getrieben und fand vor dem Hintergrund einer maroden Weltwirtschaft statt. Die allermeisten ArbeitnehmerInnen haben vom "Boom" nichts gespürt: schwache Lohnabschlüsse im Herbst und beschleunigte Inflation haben im Gegenteil zu Reallohnverlusten und sinkender Kaufkraft geführt. Hinzu kommen Verschlechterungen im Arbeitsrecht (z.B. Ausweitung der Tages- und Wochenarbeitszeit) und Einsparungen auf vielen weiteren sozialen Ebenen (Stichwort: Gesundheitsreform, Pensionskürzungen).

Widerstand notwendig!

Die Angriffe der KapitalistInnen werden immer offener und dreister. Sie sind Ausdruck dafür, dass dieses System für die Masse von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Arbeitslosen und PensionistInnen

keine Perspektive hat. Das wird auch durch die sinkende Nettolohnquote (Anteil von Löhnen/Gehältern am gesamten Volkseinkommen) bestätigt. Seit langem gibt es die Forderung in der ArbeiterInnenbewegung nach der gleitenden Lohnskala. Hier werden Löhne/Gehälter automatisch an die Inflation (und zwar die wirkliche Inflation) angeglichen. Der gewerkschaftliche und politische Kampf dafür und für Lohnabschlüsse darüber hinaus ist daher eine der wichtigsten kommenden Fragen.

Eine zukünftige Linkspartei bzw. eine linke Kandidatur für die kommenden Wahlen müsste dabei die zentrale Rolle spielen, als aktive Plattform die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und PensionistInnen zu bündeln, um die Kräfteverhältnisse zugunsten der ArbeiterInnenklasse zu verschieben. Gleichzeitig kann die Frage der wirksamen Bekämpfung der Teuerung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen nicht im Rahmen kapitalistischer Sachzwänge gelöst werden. Wer nicht bereit ist die Grenzen des derzeitigen Systems zu überschreiten, also etwa zu demokratischen Preiskontrollen oder Spekulationsverboten zu greifen, wird den Preistreibern letztlich wenig entgegen setzen können.

SPÖ: Nicht einmal das kleinere Übel

An den Taten, nicht an den Worten, muss man die "Linken" in der SPÖ messen. Und hier zeigt sich, dass z.B. die SPÖ-OÖ und Erich Haider nicht einmal ein kleineres Übel sind. Bei den Abstimmungen im Nationalrat und im Bundesrat zum EU-Reformvertrag stimmten alle brav für die Parteilinie. Gegen die Teilprivatisierung der Energie AG sammelten sie zwar über 90.000 Unterschriften. Doch als Schwarz-Grün den Börsengang fallen ließ und die Anteile direkt an ein Konsortium der Raiffeisenlandesbank verkaufte, mobilisierte die Landes-SP nicht.

Im SP geführten Sozialressort werden die vom Land bezahlten Gesundheits- und Sozialvereine von einem massiven Sparprogramm bedroht. Etwa 1000 Beschäftigte protestierten bereits gegen Änderungskündigungen mit Lohnverlusten von einigen hundert Euro pro Beschäftigten und Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen. Wieviel sind angesichts dieser Taten die linken Worte wert?

Arbeiten bis zum EUmfallen?

EU-Richtlinie sieht Wochenarbeitszeiten bis zu 65 Stunden vor

Von Jan Rybak SLP-Salzburg

Die am 10. Juni beim Treffen der EU-ArbeitsministerInnen beschlossene Änderung der Arbeitszeitregelung stellt einen der größten Angriffe auf die Rechte und Errungenschaften der europäischen ArbeiterInnenklasse in den letzten Jahren dar. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit soll von 48 auf 65 Stunden verlängert werden. Der Durchrechnungszeitraum wird sogar auf zwölf Monate verlängert. Bei einer Fünftagewoche bedeutet das die Wiedereinführung des 13-Stunden Tages. Seit dem 19. Jahrhundert mussten die europäischen ArbeiterInnen - zumindest theoretisch - nicht mehr so lange arbeiten. Jahrzehntelange Kämpfe und Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung werden von Regierungen und Kapital innerhalb kürzester Zeit beseitigt. Mit der Neufassung der Richtlinie soll in Zukunft außerdem der inaktive Teil der Arbeitsbereitschaft nicht mehr als Arbeitszeit gelten, obwohl der Europäische Gerichtshof in einer Reihe von Entscheidungen der letzten Jahre klar das Gegenteil festgestellt hat.

Zynismus der Herrschenden

Der Zynismus der herrschenden ist unbeschreiblich. Der SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz spricht von einem "großen Schritt hin zu einem sozialen Europa". Der österreichische Arbeitsminister Barstenstein, der eine wichtige Rolle bei der Verhandlung der Arbeitszeitrichtlinie spielte, freut sich darüber, dass "in den Spitalern [auf Grund der überlangen Arbeitszeiten] nicht mehr gegen EU-Recht verstoßen wird." Auf die Idee

mehr Personal einzustellen, um die Beschäftigten zu entlasten und die Arbeitszeiten zu verkürzen, kommt die Regierung offenbar nicht.

Bezeichnend ist auch das Vorgehen der kapitalistischen Medien, die nach kurzer Erwähnung der neuen Richtlinie und der Kritik des ÖGB keine Anstrengungen unternahmen um die Hintergründe und Folgen der Arbeitszeitrichtlinie aufzudecken.

Gewerkschaften müssen kämpfen!

Ein Großteil der Verschlechterungen, die die neue Arbeitszeitrichtlinie bringen wird, sind bereits heute in Österreich möglich. Auf der Ebene von Betriebsvereinbarungen und Kollektivverträgen können heute schon die Arbeitszeiten auf bis zu 60 Stunden pro Woche ausgedehnt werden. Die ÖGB-Führung stimmte letztes Jahr im Rahmen der Sozialpartnerschaft für die Ausweitung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Die Politik der Gewerkschaftsbürokratie in den letzten Jahren war verheerend für Österreichs ArbeitnehmerInnen. Das Resultat ist, dass Österreichs ArbeitnehmerInnen die längsten Arbeitszeiten in der ganzen EU haben, nämlich durchschnittliche 42,4 Wochenstunden (Eurostat-Studie). Auch bei den aktuellen Angriffen scheint die ÖGB-Führung keinen Finger rühren zu wollen, um zu verhindern, dass die Arbeitszeitrichtlinie zum Gesetz wird. In der Stellungnahme des ÖGB zum Thema wird davon gesprochen, dass die nationalen Gewerkschaften auf sozialpartnerschaftlicher Ebene die größten Verschlechterungen abschwächen sollen. Damit stimmt die ÖGB-Führung eigentlich schon den Angriffen zu. Offensichtlich werden nur einige kosmetische Änderungen verlangt, um die neuen Verschlechterungen besser verkaufen zu können.



Wie die Angriffe stoppen?

Die EU hat wieder einmal bewiesen, was sie ist – nämlich das Europa der Banken und Konzerne. Aber anstatt sich auf einen plumpen Nationalismus à la Kronen-Zeitung und FPÖ zurückzuziehen ist es notwendig, dass die Ge-

Wie die Angriffe stoppen?

werkschaften europaweit in die Gegenoffensive gehen und die Arbeitszeitrichtlinie zu Fall bringen. Eine entschlossene, europaweite Kampagne der Gewerkschaften und ArbeiterInnenorganisationen ist nötig, um die brutalen Angriffe der Herrschenden zu stoppen. Der ÖGB muss aus seinem Dornröschenschlaf aufwachen. Er muss endlich erkennen, dass die Sozialpartnerschaft nur den Interessen der Regierung und UnternehmerInnen dient und beginnen Widerstand zu organisieren. Die EU-Arbeitszeitrichtlinie darf nicht Gesetz werden.

Die SLP fordert:

- ▶ Weg mit der EU-Arbeitszeitrichtlinie!
- ▶ Rücknahme aller Arbeitszeitausweitungen und Flexibilisierungen der letzten Jahre
- ▶ Europäischer Gewerkschaftsbund und ÖGB müssen kämpfen!
- ▶ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- ▶ Nein zur EU der Banken und Konzerne! Für ein sozialistisches Europa!

Der "Streik" der Ärzte

Bilanz und Perspektive der Gesundheitsreform aus gewerkschaftlicher Sicht

Von Michael Gehmacher SLP-Wien

Die EM ist vorbei und mit ihr eine Riesenchance zur Bekämpfung vieler kommender Angriffe. Ob Verschlechterungen bei der Telekom oder die Gesundheitsreform – Anlässe gäbe es genug. Die niedergelassenen ÄrztInnen, die FrächterInnen und Milchbauern (viele mittelständische Selbstständige) zeigen derzeit, wie es gehen könnte. Auf die Frage nach "Streikbrechern" im "Ärztstreik" meint der Präsident der Ärztekammer Dörner lakonisch: "Ich glaube es ist viel wichtiger, dass 14.000 Ordinationen österreichweit geschlossen hielten. Mancher Verein, der sich als Vertreter der Arbeitnehmer fühlt, wäre über eine solche Geschlossenheit froh gewesen". Ein kleiner Seitenhieb auf den ÖGB?! Die SLP meint: Das Problem liegt wo

anders. Die Betriebsversammlungen bei der Telekom und die Streiks 2003 haben gezeigt, dass ein geschlossenes Auftreten der ArbeitnehmerInnen durchaus von den Betroffenen selbst gewünscht wird. Aber: Der ÖGB probiert es gar nicht – das ist das Problem.

Für ArbeitnehmerInnenstreik statt Unternehmerstreik

Die niedergelassenen ÄrztInnen verteidigen durchaus gewisse Privilegien. Dabei profitieren sie vom Unmut gegen die Regierung. Sie wollen alle "Vorteile" als freie Unternehmer und gleichzeitig die soziale Sicherheit eines staatlichen Systems (Vertrag mit Krankenkasse und Einkommensgarantie auf Lebenszeit). Das ist aus ihrer Sicht verständlich, aber aus unserer Sicht keine Basis für ein sinnvolles Gesundheitssystem.

Die ArbeitnehmerInnen und PatientInnen, aber auch der ÖGB selbst, wären Verlierer der "Gesundheitsreform". Insbesondere die Stärkung der Macht der Arbeitgeberverbände in den Krankenkassen wäre ein großer Rückschritt. Teile des ÖGB haben das erkannt und eine Abkehr von der Unterstützung der Regierung verlangt. So forderte etwa der Metallergewerkschafter Karl Haas einen Sonderkongress des ÖGB.

Die Vorkommnisse im ÖGB rund um die Gesundheitsreform zeigen, wie es um die ÖGB-Spitze und seine KritikerInnen steht. Der Ruf nach einem ÖGB-Sonderkongress wird einfach unterdrückt. Statt einer offenen Debatte macht der ÖGB-Bundesvorstand im Juni der Regierung die Mauer: Unterstützung der Gesundheitsreform – was auch immer die Regierung da mit den Ärz-

tekammerfunktionären noch aushandelt – und Maulkorb für die KritikerInnen.

Aber was machen Haas (immerhin GMTN-Zentralsekretär) und Dietmar Keck VOEST-Betriebsrat und SPÖ-OÖ-Nationalratsabgeordneter? Anstatt aktiv für eine Kursänderung zu kämpfen, ziehen sie sich schweigend zurück. Und das obwohl sie in ihrer Position den vielen KritikerInnen im ÖGB ein Sprachrohr geben könnten. Ein weiteres Mal hat sich gezeigt: Der Aufbau einer kämpferischen und demokratischen Opposition im ÖGB ist notwendiger denn je. Ein erster Schritt könnte die Unterstützung der E-Mailkampagne der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften sein.

<http://cms.gewerkschaftsplattform.org/gesundheitsreform/protest/gsr.php>



Ihr da oben, ...

EM-Nachlese I EM: 800 Millionen Gewinn

Wie wichtig der UEFA der Sport ist, brachte UEFA-Boss Platini bei der Bilanzpressekonferenz auf den Punkt: "Wir sind das Haus des Fußballs, und der ist ein gefragtes Produkt. Natürlich verdienen wir Geld." Die fetten Prämien der Großklubs für das "Ausleihen" von Spielern erhielten, nehmen sich da fast wie Peanuts aus: Bayern München, das neun Spieler über die ganze Turnierzeit auslieh, streifte mehr als eine Million ein, Werder (acht Turnirkicker) kriegt fast ebensoviel, der HSV (sechs Spieler) auch noch rund 640.000 Euro.

EM-Nachlese II Preistreiber ohne Kontrolle

Niemand soll sagen, er hat es nicht gewusst. Bereits vor der EM veröffentlichte die Österreichische Nationalbank folgende Prognose: "Die Fußball-Europameisterschaft wird die Beherbergungs- und Gaststättenpreise in den vier Austragungsstädten vorübergehend in die Höhe treiben; auf die Gesamtinflationrate wird der Effekt im Juni 2008 ein Maximum von 0,4 Prozentpunkten erreichen." Als falsch stellte sich allerdings das "vorübergehend" heraus.

EM-Nachlese III Nur ein schwarzes Schaf?

Von der angekündigten Gewerkschaftskampagne für faire Arbeitsbedingungen während der EM war letztlich wenig zu bemerken. Lediglich ein besonders schwarzes Schaf wird auf der Homepage der Gewerkschaft VIDA an den Pranger gestellt: "Die Gewerkschaft vida kündigte vor der Euro 2008 Kontrollen über die Einhaltung der geltenden Gesetze und Kollektivverträge an. Prompt wurden wir beim Salzburger Busunternehmen Marazek fündig (...) Der Gewerkschaft vida sind 10 Fälle bekannt, bei denen die Wochenruhe nicht eingehalten wurde. Die LenkerInnen fahren in der Zeit der Euro 2008 ohne Wochenruhe. Die gesetzlichen Regelungen sehen diese wichtige Erholungsphase für die einzelnen LenkerInnen vor, damit die ArbeitnehmerInnen ausgeruht ihre verantwortungsvollen Tätigkeiten verrichten können." Wir fragen uns: War sonst wirklich alles in Butter? Oder übt(e) sich der ÖGB vielmehr - erneut - im nationalen Schulterchluss?

EM-Vorschau 2012 40 Mrd. Euro Kosten erwartet

Während in Österreich noch die Kosten der öffentlichen Hand für die EM addiert werden – sieben Millionen alleine für den Heeresinsatz, zwei Millionen für Regierungswerbung – gibt es schon Schätzungen für die nächste EM in Polen und der Ukraine. Nämlich 40 Mrd. (!) Euro. (Wirtschaftsblatt, 3.4.2008)

... wir hier unten!

1968 – Prager Frühling: Eine Char

*Im August 1968 überrollten Panzer die Hoffnungen von Millionen Menschen.
Warum scheiterte damals das Experiment das System zu reformieren?*

Von Nora Brandes, SLP-Wien

Die Reformpolitik als Reaktion auf die stalinistische Krise

In der Nacht vom 20. auf den 21. 8. 1968 marschierten Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ein und bereiteten dem Reformprozess unter der KP-Führung um Dubcek ein jähes Ende. Waren die damaligen Ereignisse tatsächlich der Beweis für die Unmöglichkeit eines "Sozialismus mit menschlichem Anlitz"?

Heute, 40 Jahre danach, dominiert in den Medien diese Interpretation. Kein Wunder, denn auch der Kapitalismus war damals nicht an einer echten Alternative zu Kapitalismus und zu Stalinismus in der Tschechoslowakei interessiert. Solch eine reale Alternative hätte nämlich auch der undemokratischen und profitorientierten kapitalistischen Wirtschaft eine Gesellschaft gegenübergestellt, in der die Wirtschaft gemeinsam von und für Menschen demokratisch geplant wird. Nicht zuletzt aus diesem Grund sah der Westen damals bei der Niederschlagung einfach zu und beschränkte sich - im Nachhinein - auf moralische Verurteilungen.

Am Beispiel Prag 68 zeigt sich zwar, dass der Kreml nicht bereit war, eine Demokratisierung der Planwirtschaft zuzulassen. Aber die Frage danach, wie der Kampf für eine demokratisch geplante Wirtschaft vielleicht gewonnen werden hätte können, hat in den medialen Darstellungen keinen Platz. Anstatt die Politik Dubceks zu hinterfragen, wird er als Held im Kampf gegen den übermächtigen sowjetischen Gegner heroisiert. Es ist deshalb heute wichtig, sich endlich kritisch mit der Rolle auseinanderzusetzen, welche die "Reformer" damals spielten.

Die Reformpolitik der tschechoslowakischen KP fiel nicht vom Himmel, sondern war das Produkt einer tiefen Krise des Stalinismus. Seit den 50er-Jahren regierte der Staatschef Novotný das Land mit eiserner Faust. In Säuberungswellen und Schauprozessen wurden jene ausgeschaltet, die ihm dabei im Weg standen. SlowakenInnen und nationale Minderheiten wurden unterdrückt. Die undemokratische Planung fern von den realen Bedürfnissen der Menschen zog außerdem wirtschaftliche Probleme nach sich, was sich in sinkendem Lebensstandard der Menschen niederschlug.

Es regte sich Widerstand. Zuerst protestierten die Intellektuellen: Die SchriftstellerInnen kritisierten die Partei auf ihrem Kongress im Juni 67 massiv, im Oktober 67 kam es zu Studierendenprotesten, die brutal niedergeschlagen wurden. In der KP bildeten sich zwei unterschiedliche Strömungen: Die "Konservativen" wollten an der bisherigen Politik festhalten und dem Unmut der Bevölkerung mit Repression begegnen. Die "Reformer" um Dubcek wollten die Situation durch Zugeständnisse entschärfen. Im Jänner 68 wurde Novotný zum Rücktritt als 1. Sekretär des Zentralkomitees gezwungen. Der Weg war frei für die "Reformer".

Was wollten die "Reformer"?

Es ist oft viel die Rede von der Einführung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit.

Aber durch die Einführung demokratischer Grundfreiheiten, sowie die Rehabilitierung der politischen Opfer des Stalinismus erschöpfte sich das Reformprogramm nicht. Insgesamt wollten die "Reformer" im wesentlichen einen eigenen "nationalen Weg zum Sozialismus" nach jugoslawischem Vorbild einschlagen.

In Jugoslawien war die Wirtschaft dezentraler organisiert und an Konkurrenzmechanismen orientiert. Konkret bedeutete das, dass mehrere staatliche Betriebe zueinander in Konkurrenz standen und auf betrieblicher Ebene eine gewisse Mitbestimmung der ArbeiterInnen zugelassen war. Diese Mitbestimmung, die als "ArbeiterInnenselbstverwaltung" verkauft wurde, war jedoch real eine Farce. 68 gab es auch in Jugoslawien massive Proteste, die sich gegen die undemokratischen Strukturen richteten. Die jugoslawische Bürokratie reagierte mit Repression. Auch die Propagierung der "ArbeiterInnenräte" durch die tschechoslowakischen "Reformer" ändert nichts daran, dass sie keinen echten Sozialismus anstrebten. Die "Räte" sollten lediglich auf die betriebliche Ebene, und dort auf beratende Funktionen, beschränkt werden.

Zur Umgestaltung der tschechoslowakischen Wirtschaft wurde eine Kommission unter Ota Šik eingesetzt. Die Äußerungen Šiks lassen darauf schließen, dass er keineswegs ein sozialistisches Wirtschaftsmodell anstrebte. So meinte er etwa: "Wir wollen eine wesentliche Differenzierung in der Entlohnung für qualifizierte und gut geleistete Qualitätsarbeit auf Kosten der unzureichenden Arbeit von Liederlichen und Faulen zern erzielen." Unrentable Betriebe sollten außerdem stillgelegt und die Betriebe zu "Marktsubjekten" gemacht werden. Es liegt auf der Hand, dass dieses Modell nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt hätte. Dass auch das jugoslawische Modell keine Lösung der wirtschaftlichen Probleme brachte und auch die nationale Frage nicht lösen konnte, zeigt die massive Verschuldung, sowie die soziale und ethnische Krise der letzten Jahrzehnte auf dem Balkan.

Der Druck der Bevölkerung

Die Menschen nutzten die zugestandenen Freiräume. Sie setzten die "Reformer" unter Druck und drängten sie weiter als diesen lieb war. Auf Versammlungen wurden immer weitergehendere Forderungen gestellt, die Strukturen der KP füllten sich stärker mit Leben. Im "Manifest der 2000 Worte", das in den Zeitungen abgedruckt wurde, forderte der Schriftsteller Vaculik die raschere Durchführung der Reformen und übte heftige Kritik an der KP. Die "Reformer" distanzieren sich vom "radikalen Tonfall" und den "überzogenen Forderungen" des Manifests. Gleichzeitig wurde das Manifest in der Bevölkerung äußerst positiv aufgenommen.

Letztendlich war Dubcek in einer schwierigen Situation: Je mehr Zugeständnisse er der Bevölkerung machte, desto mehr gefährdete er seine eigene Machtposition. Wenn er jedoch zu den alten Methoden greifen würde, hatte er mit großem Widerstand der Bevölkerung zu rechnen.

Die ArbeiterInnenschaft

Die Führung der Einheitsgewerkschaft "Tschechoslowakische Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung" war unter Novotný ein Handlanger der KP gewesen. Deren Aufgabe bestand darin, die ArbeiterInnen zu überwachen. Jetzt wurde heftige Kritik laut: In hunderten Resolutionen machten die ArbeiterInnen die Führung dafür verantwortlich. Daraufhin musste der Gewerkschaftsvorsitzende Pastyřík zurücktreten.

Zur Plenartagung des Zentralrates der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (21.-22.3.) reisten zahlreiche Betriebsdelegationen an. In den Diskussionen kritisierten viele ArbeiterInnen die Gewerkschaftsführung massiv und for-

derten demokratische Strukturen. Es herrschte Aufbruchstimmung.

Die Gewerkschaftsführung rief zur Gründung von "ArbeiterInnenräten" auf. Die ArbeiterInnen kamen dieser Aufforderung nach und handelten ab Mai zunehmend aus Eigeninitiative. Während die "Reformer" die "Räte" gesetzlich auf Beratungsfunktionen zu beschränken versuchten, gründeten sich immer mehr "Räte". In 120 Großbetrieben bildeten sich Räte, die über 900.000 ArbeiterInnen vertraten.

Beunruhigung der stalinistischen Bürokratie

Die Bürokratien der anderen stalinistischen Staaten beobachteten den Reformprozess mit Sorge. Auf der Dresdner Konferenz im März 68 bildete sich eine Anti-Reform-Allianz jener fünf Staaten, die dann auch die Niederschlagung der Bewegung durchführten (Sowjetunion, Polen, DDR, Ungarn, Bulgarien). Der Reformprozess wurde als "konterrevolutionär" bezeichnet. In einer Meinungsumfrage vom Juli 1968 sprachen sich jedoch 86% der Tschechoslowaken für Sozialismus und nur 5% für Kapitalismus aus.

Was hier also als "konterrevolutionär" bezeichnet wurde, war nicht die Angst vor einer kapitalistischen Restauration. Breschnew stellte fest, dass die "Straße" und nicht das Zentralkomitee die Abberufung des Präsidenten Novotný erzwungen habe und dies ein Präzedenzfall für die grobe Missachtung der führenden Rolle der KP sei. Die BürokratInnen hatten Angst um ihre eigene Macht. Denn der "Prager Frühling" hatte bereits Auswirkungen in anderen stalinistischen Staaten: In Polen gab es Jugendproteste, in der DDR regte sich Widerstand und in der Ukraine gab es von Intellektuellen ausgehende Proteste.

Dubcek zwischen Moskau und der eigenen Bevölkerung

In der Folge wurde der Druck auf die "Reformer" erhöht, so etwa Ende Juli bei den sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen in Cierná nad Tisu. Vor Verhandlungsbeginn veröffentlichten die Zeitungen einen, vom Schriftsteller Kohout verfassten, "Aufruf der Bürger an das Präsidium", der etwa eine Million Unterschriften trug. Die "Reformer" wurden darin aufgefordert, die Reformen zu verteidigen. Doch diese versuchten die Bevölkerung zu beschwichtigen und gaben bei den geheimen Verhandlungen in allen zentralen Punkten nach. In der Öffentlichkeit behaupteten sie den Konflikt beigelegt zu haben. Dieses Beispiel zeigt, wie Dubcek zwischen dem Druck aus Moskau und dem Druck der eigenen Bevölkerung aufgeben wurde. Und es zeigt auch, dass er bis zum Schluss nicht bereit war mit dem Kreml zu brechen.

Der Einmarsch

Bis zum Einmarsch hatte Dubcek versucht, einerseits die Bewegung unter Kontrolle zu bringen, andererseits die Sowjetunion von seinen "Führungsfähigkeiten" zu überzeugen. Die sowjetische Bürokratie erkannte jedoch, dass Dubcek die Lage nicht mehr unter Kontrolle hatte und entschied sich zum Einmarsch.

Die Bevölkerung reagierte mit Widerstand. Hunderttausend Menschen gingen auf die Straße und demonstrieren, Sitzstreiks wurden abgehalten. Vor dem Rundfunkgebäude in Prag wurden die Barrikaden errichtet um die freie Presse zu verteidigen. EisenbahnerInnen verzögerten Fahrten um die sowjetischen Nachschübe zu behindern. Straßenschilder wurden vertauscht und die Truppen liefen orientierungslos herum. Die sowjetischen Soldaten, denen Lügen von einem faschistischen Putsch in der Tschechoslowakei erzählt worden waren, wurden mit Flugblattaktionen in russischer Sprache verunsichert. Die Sowjetunion musste daraufhin ganze Divisionen austauschen.

Gab es in der Tschechoslowakei Sozialismus?

Das Gesellschaftssystem in der ehemaligen Sowjetunion und ihrem Machtbereich wird oft als "Kommunismus" oder als "Sozialismus" bezeichnet. Nichtsdestotrotz sind diese Zuschreibungen oberflächlich und unzutreffend. Wir sind der Meinung, dass diese Staaten nicht "realsozialistisch", sondern stalinistisch waren. Damit ist gemeint, dass zwar die Wirtschaft geplant war, allerdings nicht demokratisch.

Ein häufiges Argument ist, dass die Planwirtschaft nicht funktioniert. Es wird jedoch auch im Kapitalismus geplant, doch hier plant jeder UnternehmerIn für sich alleine, was zu Wirtschaftskrisen führt. Die Planwirtschaft stellt diesem Chaos an Einzelplänen einen gesamtgesellschaftlichen Plan gegenüber. Doch alleine die Tatsache, dass die Tschechoslowakei nicht kapitalistisch war, reicht noch nicht aus um von Sozialismus zu sprechen. Die ArbeiterInnen waren jeglicher politischer Macht beraubt. Dies war auch der Grund, warum es im Stalinismus immer wieder zu wirtschaftlichen Engpässen kam - und nicht ein fehlender "Anreiz" wie neoliberale TheoretikerInnen behaupten. Gerade der Enthusiasmus der ArbeiterInnen während des Prager Frühlings zeigt, dass die Menschen durchaus motiviert waren, ihren Teil zu einer echten sozialistischen Gesellschaft beizutragen. Die Wirtschaft wurde im Stalinismus jedoch nicht demokratisch durch Komitees von ArbeiterInnen und KonsumentInnen, sondern von einer abgehobenen bürokratischen Kaste geplant, die jede selbstständige Kreativität im Keim erstickte. Schätzungen zufolge hatte die Industrie in der Tschechoslowakei 1968 - dank der Planung fern von den realen Bedürfnissen der Menschen - den Wert von zwei Jahresproduktionen auf Lager, in Artikeln, die niemand brauchte!

Bereits die Führung der russischen Revolution hatte in der isolierten Sowjetunion mit ersten bürokratischen Auswüchsen zu kämpfen. Man war der Ansicht, dass diese nur durch eine internationale Ausweitung des Sozialismus beseitigt werden können. Hier hatte man in er-

ster Linie das industriell fortgeschrittene Deutschland im Blick. Dadurch wäre einerseits aus der rückständigen Mangelgesellschaft der Sowjetunion eine Überflussgesellschaft mit Einbindung in eine internationale solidarische Gemeinschaft entstanden. Erst dann wäre Marx' Grundsatz "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" einlösbar gewesen. Andererseits hätten die kapitalistischen Staaten die Sowjetunion nicht bekämpfen können, wenn sie im eigenen Land durch eine Revolution entmachteten worden wären. Doch die deutsche Revolution wurde durch die eigene (sozialdemokratische) Führung zunichte gemacht und die Sowjetunion blieb isoliert. Sie hatte noch mit den Folgen des 1. Weltkrieges zu kämpfen, als die Armeen von 21 kapitalistischen Staaten einmarschierten um den Sozialismus zu bekämpfen. Die engagiertesten Streiter für die Revolution verloren dabei ihr Leben und KarrieristInnen übernahmen die Macht in der Partei.

"Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?" So analysierte Trotzki, Marxist und Kämpfer gegen die bürokratische Entartung der Sowjetunion, die Situation des Stalinismus 1936. Es gab zwei Möglichkeiten: Entweder die ArbeiterInnen erkämpften ihre Errungenschaften aus der russischen Revolution zurück, die ihnen die Bürokratie genommen hatte. Oder die Bürokratie würde letztendlich auch die Planwirtschaft zunichte machen. Historisch gesehen ist der zweite Fall eingetreten. Doch sowohl in Ungarn 56, als auch in der Tschechoslowakei 68 bestand real die Möglichkeit einer politischen Revolution - einer Rückeroberung der politischen Macht durch die ArbeiterInnen. Die Bürokratie, die nur an ihrer eigenen Macht interessiert war, erwies sich dabei als Hemmnis. Sie war nicht notwendiger Bestandteil des Sozialismus, sondern in Wirklichkeit der Hemmschuh für die Entfaltung einer echten sozialistischen Gesellschaft.

Chance für echten Sozialismus?!



Was taten die "Reformer"?

Anstatt die Bevölkerung zu organisieren und zu bewaffnen, riefen die "Reformer" zur Zurückhaltung auf und wollten mit der Sowjetunion verhandeln. Am 14. Parteitag (22. 8.) riefen sie zu einem "Proteststreik" am 23. 8. auf, der fast lückenlos durchgeführt wurde. Es folgten jedoch keine weiteren Mobilisierungsschritte. Der Streik sollte symbolische Bedeutung behalten und nicht zum "Generalstreik" ausufern.

Dubcek, der nach Moskau verschleppt worden war, nahm am 24. 8. an Verhandlungen mit der Sowjetunion teil. Das Ergebnis war das "Moskauer Protokoll", das das Ende des Reformkurses besiegelte. Nach seiner Rückkehr behauptete Dubcek in einer Rede, dass das Vertrauen der Bevölkerung für ihn eine große Verpflichtung darstelle und führte am 30. 8. wieder die Pressezensur ein. In der Folge wurden die Errungenschaften sukzessive abgeschafft und der stalinistische Terror wieder eingeführt. In der Gewerkschaft wurden Säuberungen durchgeführt und antialtinistische Linke wurden verfolgt.

Die "Reformer" als Teil des Problems

Die "Reformer" konnten die Probleme des Stalinismus nicht lösen, da sie selbst Teil des Problems waren. Sie hatten die Reformen begonnen, um die eigene Macht zu erhalten. Die Eigeninitiative der Bevölkerung war für sie ein Störfaktor. Als sich im Jänner 1969 der Student Jan Palach aus Protest am Wenzelsplatz verbrannte, kam es erneut zu Massendemonstrationen. Der Ministerpräsident Cernik, ein "Reformer" drohte mit der militärischen Niederschlagung der Proteste.

Die "Reformer" hatten nicht nur kein echtes sozialistisches Programm, sondern sie versuchten auch, die Bewegung zu bremsen und den Widerstand zu demobilisieren. Die Reformen sollten undemokratisch von oben umgesetzt werden. Nicht ArbeiterInnen und Jugendliche, sondern die Eliten anderer stalinistischer, sowie auch westlicher Länder (an die sie um Hilfe appellierten) waren ihre "Bündnispartner". Auch an die Bewegungen, die 68 auf der ganzen Welt stattfanden, knüpften sie nicht an. Dabei gab es

auch Solidarität aus einer ganzen Reihe stalinistischer Staaten: So durchbrachen etwa in der DDR hunderte Menschen die Polizeisperren vor der tschechoslowakischen Botschaft um Protestnoten gegen den Einmarsch zu unterzeichnen. In Jugoslawien gingen 200.000 ArbeiterInnen und Jugendliche gegen den Einmarsch auf die Straße. Nur in der internationalen Vernetzung von Bewegungen besteht die Möglichkeit, der Isolation gegen einen militärisch übermächtigen Gegner zu entkommen.

Um nochmals auf die eingangs gestellte Frage zurückzukommen: Prag 68 war der Beweis dafür, dass der Kampf für echten Sozialismus mit einer bürokratischen Führung nicht gewonnen werden kann. Nur mit einer Führung, die demokratisch, gemeinsam mit der Bevölkerung agiert und auf internationaler Ebene an Bewegungen anknüpft, besteht real die Chance, auch zu gewinnen: eine Welt zu gewinnen, in der tatsächlich alle Bereiche der Gesellschaft demokratisch organisiert sind und die Wirtschaft sich endlich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert!

Zeittafel zum "Prager Frühling"

1967

27.–29. Juni: Der 4. Kongress der tschechoslowakischen Schriftsteller kritisiert das Novotny-Regime.

Oktober: Studierendenproteste

1968

6. Jänner: Rücktritt Novotnys als 1. Sekretär des ZK. Dubcek wird sein Nachfolger.

6. März: Das ZK reduziert seine Zensurgewalt.

12. März: Der Vorsitzende der "Tschechoslowakischen Revolutionären Gewerkschaftsbewegung" muss aufgrund der massiven Kritik der Basis zurücktreten.

21.–22. März: Auf der Plenartagung der tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaft "Tschechoslowakische Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung" wird die Gewerkschaftsführung von vielen ArbeiterInnen kritisiert.

23. März: Dresdner Konferenz: Bildung der Anti-Reform-Allianz (Sowjetunion, Polen, DDR, Ungarn, Bulgarien).

27. Juni: Veröffentlichung des "Manifests der 2000 Worte" des Schriftstellers Vaculik in vielen Zeitungen, das vom Großteil der Bevölkerung unterstützt wird. Die "Reformer" distanzieren sich vom Manifest.

29. Juni: Abschaffung der Zensur durch das Parlament.

26. Juli: In allen Tageszeitungen wird der, vom Schriftsteller Kohout verfasste "Aufruf der Bürger an das Präsidium" mit ca. einer Million Unterschriften, der die "Reformer" auffordert bei den Verhandlungen in Cierná die Reformen zu verteidigen, veröffentlicht.

29.–31. Juli: Sowjetisch-tschechoslowakische Verhandlungen in Cierná nad Tisu. Die "Reformer" machen massive Zugeständnisse an Moskau, halten dies aber geheim.

16. August: Das sowjetische Politbüro beschließt den Einmarsch in die Tschechoslowakei.

20. August: Um 23:30 marschieren die Truppen der Anti-Reform-Allianz ein.

22. August: Der 14. Parteitag verurteilt den Einmarsch, Aufruf zum einstündigen Proteststreik.

23. August: Der einstündige Proteststreik wird fast lückenlos durchgeführt.

24. August: Verhandlungen mit Moskau. Endergebnis ist das "Moskauer Protokoll", das das Ende des Reformprozesses besiegelt.

28. August: Dubcek bittet die Bevölkerung in einer Rede, Gewalttätigkeiten gegen die Besatzer zu unterlassen damit sich die Situation "normalisieren" könne.

30. August: Wiedereinführung der Pressezensur.

1969

16. Jänner: Die Selbstverbrennung des Studenten Jan Palachs löst eine Welle von Demonstrationen gegen Moskau aus. Der "Reformer" Cernik droht mit Militäreinsatz gegen die Proteste.

17. April: Dubcek wird vom ZK als 1. Sekretär abgewählt.

Prag 1968 – Neues Buch

Anlässlich des 40. Jahrestages hat die SLP ein Buch zum Thema herausgebracht. Wir wollen damit ein Stück Geschichte des Stalinismus, sowie des Widerstandes dagegen aus linker Perspektive aufarbeiten. Denn der "Prager Frühling" scheiterte nicht an der angeblichen Unmöglichkeit des Sozialismus. Mit unserem Buch wollen wir der Instrumentalisierung des "Prager Frühlings" zur Legitimation des Kapitalismus in den bürgerlichen Medien eine differenzierte Sicht entgegenzusetzen. Denn wir sind der Meinung, dass es angesichts der vorherrschenden Ungerechtigkeiten in der heutigen Welt zynisch ist, von einem "Ende der Geschichte" in Form des Siegeszuges des Kapitalismus zu sprechen. Und wir finden, dass das Beispiel Prag 68 auch für heute Lehren zu bieten hat. Lehren, wie Kämpfe für echten Sozialismus gewonnen werden können. Und... – viele Aspekte, die im vorliegenden Artikel aus Platzgründen nicht oder nur sehr kurz behandelt werden konnten, finden sich im Buch ausführlich behandelt.

1968: Prager Frühling
Eine Chance für echten Sozialismus!?

Taschenbuch, 13 x 21cm,
ca. 70 Seiten

Bestellungen an:
slp@slp.at



SLP Wien im Sommer '08

Auch im Sommer 2008 veranstaltet die SLP Wien ihre traditionellen Sommergruppen. Bis 3. September wird jeden Mittwoch ein heißes Thema beleuchtet.

Angesichts der Neuwahlen werden brennende Fragen der österreichischen Innenpolitik und insbesondere der Frage einer linken Kandidatur debattiert werden.

Alle, die sich für den Aufbau einer neuen linken Partei interessieren, sind eingeladen, zu den Treffen der SLP zu kommen.

23. Juli 2008 ab 19 Uhr

Pro & Contra: Gewerkschaften, SPÖ und neue Linkspartei mit Thomas Stöger (Landesgeschäftsführer Vida-Wien, SPÖ-Mitglied), Hans Kohlmaier (Mitglied der Steuerkommission des ÖGB; HGPD)

30. Juli 2008 ab 19 Uhr

Pro&Contra: 3. Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus mit Christian Felber von Attac, Autor von "Neue Werte für die Wirtschaft – Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus" und "50 Vorschläge für eine gerechtere Welt – Gegen Konzernmacht und Kapitalismus"

6. August 2008 ab 19 Uhr

Gegen Rassismus und Fachismus - Aufgaben einer Linkspartei und was kann man konkret tun

13. August 2008 ab 19 Uhr

Pro & Contra: Gewerkschaften und Migration mit Nicholas Hauser, GPA-DJP, Interessengemeinschaft work@migration

20. August 2008 ab 19 Uhr

Wirtschaft: Die Krise steht vor der Tür – was können wir gegen Arbeitslosigkeit, Teuerung etc, tun?!

27. August 2008 ab 19 Uhr

Nebeneinander statt Miteinander: Warum gibt es keine gemeinsame linke Kandidatur? mit einem/r VertreterIn der KPÖ

3. September 2008 ab 19 Uhr

Die Erfahrungen mit neuen Linksparteien in verschiedenen Ländern.



Cuba-Drinks für sieben Euro?

Musikfestivals zwischen Kapitalismuskritik und Kommerz

Von Sebastian Kugler*

"Rock for sustainable capitalism?"

17:30: "Change has never come from above! It always came from people like you and me!" brüllt der Bassist von Anti-Flag ins Mikrophon. "Let's see some unity! Everybody! Raise your fist in the air!" Ungefähr 2000 Fäuste schnellen gleichzeitig in die Höhe und Anti-Flag spielen den nächsten Song, in dem Kapitalismus und Krieg angeprangert werden.

19:45: Rise Against spielen vor einem riesigen Transparent auf dem, weiß auf schwarz, in Großbuchstaben, "RISE" steht. Zwischen zwei Songs prangert der Sänger die Verhaftung der 10 TierschutzaktivistInnen in Österreich an.

23:45: Ein Transparent mit einem gigantischen roten Stern wird gehisst. Verstärker werden mit verkehrten USA-Flaggen und Che Guevara-Fahnen geschmückt. "Good Evening, we're Rage Against The Machine from Los Angeles, California", sagt Zack de La Rocha, seines Zeichens Sänger der Band und eine der wichtigsten antikapitalistischen Symbolfiguren der letzten Jahre. Zigttausende brüllen "It has to start somewhere/ It has to start sometime/ What better place than here?/ What better time than now?/ All hell can't stop us now!" und heben die Faust. Vor den Zugaben verlässt die Band die Bühne und die ersten beiden Strophen der "Internationale"

werden auf Russisch eingespielt. Rage Against The Machine spielen noch zwei Songs und beenden damit das Nova Rock 2008.

Für einen Moment könnte man meinen, dass das nur der Auftakt war. Man könnte meinen, dass die Leute kurz vor einem spontanen Aufstand sind. Aber nichts davon. Die Musik ist aus, der rote Stern weg und alles ist so, als wäre gerade Elton John aufgetreten, nur schmutziger. Das ist nur einer der paar Schönheitsfehler, die das eben Erlebte etwas unglaubwürdig erscheinen lassen. Es kommt nun mal nicht gut, wenn man gerade beherzt zum Aufstand gegen das System aufruft und direkt neben einem die Symbole der Sponsoren (Coca Cola, Sony, etc.) prangen und ein paar hundert Meter werden die Bandshirts um 35(!) Euro verkauft.

Abzocke

Die Widersprüchlichkeiten lassen sich noch ins Unendliche fortführen. Fakt ist, dass die Maschinerie des Kapitalismus auch vor Festivals keinen Halt macht, im Gegenteil. Die Karten für die großen Festivals Österreichs kosten dieses Jahr von 100 Euro aufwärts. Essen gibt's am Nova Rock nicht unter 3 Euro. Für etwas, das halbwegs satt macht, muss man mindestens 4,50 Euro bezahlen. Bier um 4,50 Euro und als besondere Ironie, Drinks an der Cuba-Bar ab 7 Euro. Che

rotiert wohl in seinem Grab

mit Lichtgeschwindigkeit. Die Festivalbesucher sind meist junge Menschen, also SchülerInnen und Studierende. Das heißt, dass sie dank Stubiengebühren etc. oft ohnehin schon genug Geldprobleme haben. Viele SchülerInnen gehen in den Ferien extra arbeiten, um sich einen Festivalbesuch finanzieren zu können.

Am Festival selbst wird den Besuchern noch bei jeder anderen Möglichkeit das Geld aus der Tasche gezogen. Neben den bereits erwähnten horrenden Lebensmittelpreisen kosten auch die für die An- und Abreise unverzichtbaren Shuttlebusse Geld.

Monopolstellung

Seit 2005 dominieren zwei Veranstalter das österreichische Geschäft. Die Firma Nova Music von Ewald Tatar, die Nova Rock organisiert, und die Firma Musicnet, deren Steckenpferd das Frequency Festival ist. Die Grenzen dieser Firmen sind schon längst verschwommen, die Firmen arbeiten eng über die Promotionalagentur Freundliches Marketingservice (FMS) zusammen. Außerdem sind sie durch denselben internationalen Partner auch finanziell verbunden: Der Hamburger Konzertveranstalter FKP Scorpio besitzt von beiden Firmen ungefähr ein Drittel der Anteile. Trotz der Beteuerung beider Seiten, dass Nova Music und Musicnet zwei getrennte Unternehmen

seien, ist eindeutig, dass hier eine Hybridfirma die Kontrolle über das gesamte Festivalgeschehen in Europa hat - Nova Music und Musicnet teilen sich sogar dasselbe Büro im 8. Bezirk. Betreiber alternativer Festivals (zum Beispiel in Wien) kämpfen schon ums Überleben.

Damit stört der Kapitalismus auch den Musikgenuss auf den Festivals. Die logische Folge dieses Monopols ist nämlich, dass jedes Jahr mehr oder weniger dieselben Bands kommen, die Geld hineinbringen. Platz für Geheimtipps oder alternative Bands gibt es in diesem System kaum.

Die Festivals müssten demokratisch organisiert werden, genauso wie die Auswahl der Bands. Beispielsweise könnte man mit dem Kauf einer Karte eine Möglichkeit bekommen, bei der Planung und Organisation mitzubestimmen. Dafür muss sich natürlich auch jeder diese Karten leisten können.

*Sebastian Kugler, aktives Mitglied der SLP, ist Sieger des diesjährigen 56. Jugendredewettbewerbs. Er trat mit einem Klassenkollegen in der Kategorie "Sprachrohr" an und die beiden zeigten anhand eines kabarettistischen Vorstellungsgesprächs, mit welcher schwierigen Bedingungen junge ArbeitnehmerInnen heutzutage zu kämpfen haben und wie sehr sie der Willkür ihres Chefs ausgeliefert sind.

Die SLP im Juni 2008: Viel mehr als nur Fußball

Der Juni 08 stand ganz im Zeichen der Europameisterschaft. Viele SLPlerInnen ließen ihrer Fußballbegeisterung freien Lauf. Der ÖGB verpasste mit der EM eine politische Chance. Angesichts der Drohungen bei Telekom weiter zu privatisieren und ältere KollegInnen in einen "Beamtenpool" zu stecken, organisierte der Betrieb am 5.6. Betriebsversammlungen in ganz Österreich. In Wien trafen sich 2500 KollegInnen zu einer kämpferischen Versammlung, die SLP beteiligte sich im Rahmen der "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerk-

schaften". Die große Nachfrage an Plattformflugblättern und die vielen Diskussionen zeigten, dass die Telekomleute kämpfen wollten. Die EM, die es ohne die Arbeit der Telekombelegschaft so nicht gegeben hätte, wurde vom ÖGB nicht genutzt! Schon eine Aktion kurz vor einer Spielübertragung oder ein Warnstreik hätten gewirkt. Die EM wäre ohne Rettungsleute, EisenbahnerInnen, Flugpersonal uvm. nicht möglich gewesen. Viele arbeiten zu untragbaren Bedingungen - die EM wäre eine Chance gewesen darauf aufmerksam zu machen. Die SLP

nutzte die EM zu einem Blick auf Fußball aus marxistischer Sicht. Am 8.9. kam unser englischer Genosse John Reid nach Wien. Reid, marxistischer Anhänger der "Queens Park Rangers", Autor von "Reclaim the Game" - einer marxistischen Abrechnung des Fußballprofite(g)geschäftes, diskutierte mit Irene Müller, Vereinsfußballerin und SLP-Mitglied. Danach sahen wir Kroatien-Österreich und feierten ein linkes Fußballfest. Am 12.6.08 gabs nicht nur Österreich-Polen, sondern auch die EU-Volksabstimmung in Irland, einzelne linke Menschen aus der Plattform

"VOLXABSTIMMUNG" veranstalteten ein EU-11-Meterschiessen neben der Fanzone. Die SLP ist voll dabei. Dass man auch ohne "Krone" Massen erreichen kann, zeigte die starke Beteiligung vieler Fans.

Was war außer EM?

Die SLP-Oberösterreich hielt am 1. Juli 2008 eine Konferenz ab, bei der wir ein neues Mitglied aufnahmen und die wichtigsten Funktionen neu wählten. Die SLP-Salzburg organisierte Solidaritätsarbeit für die 545 KollegInnen des von der Schließung bedrohten Autozu-

liefererwerks TRW in Bergheim.

Dieser Bericht liefert nur einen kleinen Einblick in die Juniarbeit der SLP. Es gibt viel zu tun! Wenn Du links aktiv werden willst: Der Sommer ist eine gute Gelegenheit dazu.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr, "Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr, "Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Hallein

im Sommer gemeinsam mit Salzburg Stadt

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

KLAGENFURT

jd. 1. Dienstag im Monat, 18 Uhr, Jugendherberge - Neckheimgasse 6

WIEN

im Sommer finden alle Wiener Ortgruppen gemeinsam statt.

jd. Mittwoch, ab 18 Uhr Theorie ab 19 Uhr Veranstaltung
Amerlingshaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Das Programm finden Sie / findest du in der Spalte rechts.

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Interesse am Aufbau einer neuen Linkspartei?

Die SLP beteiligt sich aktiv am Aufbau einer neuen Linkspartei. In allen Treffen werden konkrete Aktivitäten dafür geplant. Inhaltliche und praktische Fragen einer solchen neuen Linkspartei werden diskutiert. Die Treffen sind offen für alle, die sich an diesem Projekt beteiligen möchten.

Gefällt Dir das Vorwärts?



Abo bestellen!

Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und
Kennwort "Abo"
nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI
www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI
www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)
www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)
www.chinaworker.org

Páginas del CIT/CWI en español
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI

Nordirland: Hungerstreik gegen eigene Gewerkschaftsspitze

Im Mai 2002 traten Beschäftigte der Sicherheitsfirma ICTS am Belfast Flughafen in den Streik für höhere Löhne. Der zuständige Gewerkschaftssekretär zog die Unterstützung für den Streik zurück und gab der Firma grünes Licht, Gewerkschaftsaktivisten zu feuern. Dagegen klagten die 22 entlassenen KollegInnen – und bekamen am 18. August 2007 Recht. Seitdem hat die Gewerkschaftsführung mehrfach versprochen, ihre Gerichtskosten zu übernehmen und sie für ihre Mitwirkung bei der Entlassung zu entschädigen. Diese Versprechen wurden nie eingehalten. Deshalb traten drei Vertrauensleute im April in einen Hungerstreik. Als im Mai die Gewerkschaftsführung ihre Zusagen erneut brach, traten sie am 15. Mai erneut in den Hungerstreik. Die Socialist Party (CWI in Irland) hat den Kampf von Anfang an tatkräftig unterstützt. Die Medienaufmerksamkeit durch die Hungerstreiks und die Solidarisierung von GewerkschafterInnen und Prominenten auch außerhalb Nordirlands (wie dem Filmregisseur Ken Loach) setzte die Gewerkschaftsspitze so unter Druck, dass sie anscheinend diesmal nicht nur in Worten nachgab, sondern als ersten Schritt die Gerichtskosten tatsächlich bezahlte. Deshalb wurde der Hungerstreik am 23. Mai ausgesetzt.

Griechenland: CWI-Sektion beteiligt sich am Aufbau einer neuen linken Kraft

Das CWI in Griechenland, Xekinima, hat auf einer gesonderten Bundeskonferenz beschlossen, sich am Aufbau von Syriza zu beteiligen. Syriza ist eine neue linke Formation, die seit ihrer Entstehung 2004 stark an Bedeutung gewonnen hat – und zuletzt 20 Prozent Unterstützung in Umfragen erhielt. Xekinima hat schon in der Vergangenheit mit Syriza und beteiligten Organisationen in Bewegungen und Kämpfen zusammengearbeitet. Xekinima ist der Meinung, dass Syriza eine wichtige Rolle als Katalysator für die politische Entwicklung spielen bzw. Attraktionspol für in Kämpfe eintretende ArbeiterInnen und Jugendliche sein kann. Xekinima tritt innerhalb von Syriza für ein sozialistisches und kämpferisches Programm ein – als Alternative zum Programm der herrschenden Parteien. Dieses Programm umfasst unter anderem Forderungen nach einer 35-Stunden-Woche, höheren Löhnen und der Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen.

www.socialistworld.net

Irische ArbeiterInnenklasse sagt Nein zum neoliberalen EU-Vertrag

Interview mit Joe Higgins von der Socialist Party (CWI Irland)

Die Socialist Party, Schwesterpartei der SLP in Irland, hat eine wichtige Rolle in der Nein-Kampagne zum EU-Reformvertrag in Irland gespielt. Vorwärts hat mit Joe Higgins, Ex-SP-Parlamentsabgeordneter, gesprochen.

Warum hat die Socialist Party (SP) zu einem Nein beim Referendum aufgerufen?

Weil der EU-Vertrag die Unternehmen und Regierungen darin unterstützen würde, Löhne und Arbeitsbedingungen anzugreifen. Das Protokoll 6 macht Konkurrenz zu einem Eckpfeiler der EU-Politik und stellt Profit über die Rechte von ArbeitnehmerInnen. Artikel 188c.4 würde Privatisierung von Gesundheit und Bildung erleichtern. Lissabon hätte die EU noch undemokratischer gemacht. Die Herrschenden wollen die EU möglichst ohne Widerstand in eine wirtschaftliche und militärische Macht umwandeln, die mit den USA und China auf Weltebene konkurrieren kann.

Die Befürworter konnten keine Antworten auf die Fragen der Nein-Seite (inkl. der Socialist Party) geben, obwohl das Establishment auf ihrer Seite stand. Das, in Kombination mit steigendem Misstrauen und Entfremdung gegenüber der EU, hat den Vertragsgegnern Auftrieb gegeben. Es waren ArbeiterInnen, Frauen und Jugendliche, die das Nein beim Referendum bewirkt haben. 56% der Frauen stimmten mit Nein, 65% der Jugendlichen und 74% der ArbeiterInnen. In Bezirken in denen ArbeitnehmerInnen leben, war das Nein bei der Abstimmung zwischen 70 und 85%.

Wie ist nach der Abstimmung nun die Stimmung in der Bevölkerung?



Es herrscht das positive Gefühl vor, dass die Menschen ihre Muskeln gezeigt und dem Establishment Widerstand geleistet haben. Viele sind aber nicht sicher was nun geschehen wird. Die politisch Aktiven freuen sich und sind sich der Folgen für die EU als ganzes bewusst. Das Resultat hat gezeigt, wie schwach die Autorität der Herrschenden ist und dass unter den richtigen Bedingungen auch kleine Kräfte einen wichtigen Einfluss haben können.

Wenn es ein zweites Referendum gibt, was ist eure Position dazu?

Unsere genaue Position wird im Wesentlichen davon abhängen, welche Änderungen vorgenommen werden. Wir glauben aber nicht, dass sich am neoliberalen Charakter und der militaristischen Stoßrichtung grundlegend etwas ändern würde. (...) Während wir unsere eigenen Aktivitäten setzen werden, wird die Socialist Party Teil einer breiteren Kam-

pagne sein: CAEUC – die Kampagne gegen die EU-Verfassung. Einige der beteiligten Organisationen lassen leider offen, ob ein "besserer" Vertrag neuverhandelt werden kann. (...) Sinn Fein, die in der Nein-Kampagne sehr prominent waren, sagen, dass Lissabon tot ist, aber dass sie gerne einen neuen Vertrag aushandeln würden. Da sie den Kapitalismus unterstützen, ist die Haltung zu einem neuen Referendum für sie keine Prinzipienfrage, sondern eine Takti-

sche. Wir betreiben keine plumpe Anti-EU-Propaganda, denken aber, dass es wichtig ist, den wahren Charakter der EU und jeder neuen Version des Vertrags beim Namen zu nennen. Zu erklären, dass die EU sich gegen die ArbeiterInnenklasse richtet und den Bedürfnissen der Unternehmen verpflichtet ist, ist der beste Weg, um sich auf ein neues Referendum und mögliche Kämpfe vorzubereiten.

Wie können SozialistInnen für ein Nein aufrufen, ohne in die Falle des Nationalismus zu tappen?

Das ist keine große Gefahr zu diesem Zeitpunkt in Irland, da es keine starke Stimmung für eine nationalistische Opposition gegen die EU hier gibt. Die traditionelle Opposition gegen die EU und die Währungsunion kam eher von einer Unterstützung der Neutralität Irlands gegenüber den imperialistischen Mächten und aus einer linken ArbeiterInnenklasse-Perspektive. Die Ja-Seite hat aber natürlich versucht, uns und andere als Europa-Gegner darzustellen, und wir haben darauf reagiert, indem wir erklärt haben, dass wir für ein Europa seien, in dem die Menschen vor dem Profit kommen. In unserer Kampagne haben wir folgende Forderungen nach vorne gestellt: Für die Einheit der ArbeiterInnenklasse in Irland und ganz Europa im Kampf für eine bessere Zukunft für alle – Nein zum EU der Banken und Konzerne – Für ein Europa in dem die Menschen vor Profit kommen – Für ein sozialistisches Europa. Wir haben auch unsere Mitgliedschaft im Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale betont (...).

► Langfassung auf www.slp.at

Ist die UNO ein Friedensinstrument?

Ulrike Lunacek (Grüne) stellte sich einer Debatte mit der SLP am 2. Juli 2008 in Wien.

Ein Bericht von John Evers,
SLP-Wien

Die UNO ist zur Zeit kein Friedensinstrument – soweit waren sich alle an diesem Abend einig. Lunacek plädierte aber – im Gegensatz zur SLP – dafür, die fortschrittlichen Kräfte für eine Reform der Weltorganisation zu konzentrieren.

**Grüne für Truppeneinsatz:
Ja, aber ... ?**

Ulrike Lunacek, Sprecherin der europäischen Grünen und Abgeordnete zum Nationalrat, ist eines sicher nicht: Eine Kriegstreiberin die mit dumpfer Polemik arbeitet. Sie hebt sich wohlthuend von einigen ihrer grünen KollegInnen ab,

die – wie z.B. Joschka Fischer – schnell mit Vergleichen zum Holocaust hantieren, wenn es darum geht das Eingreifen des Westens in Krisengebieten zu rechtfertigen. Gleichzeitig bleiben aber Positionen der grünen Abgeordneten letztlich unklar: Ja sie sei eigentlich für den Einsatz österreichischer Truppen im Tschad, aber die Rahmenbedingungen stimmen dafür momentan nicht. Lunacek nennt viele wichtige und richtige Kritikpunkte an der UNO; etwa die Zusammensetzung und Macht des Sicherheitsrates, die Rolle der französischen Ex-Kolonialmacht Frankreich beim Tschadeseinsatz... Trotzdem möchte sie die Rolle der NGOs in der Weltorganisation stärken und sieht auch

Erfolge der UNO – z.B. in der Frauenpolitik. Hier könne man/frau doch für eine Veränderung dieser internationalen Strukturen ansetzen.

**UNO-Einsätze für strategische
Interessen – nicht die Menschen**

Albert Kropf (SLP) hob demgegenüber die ökonomischen und strategischen Interessen des Westens hervor, die hinter den UNO-Einsätzen stehen würden. Die UNO spiegelt immer in erster Linie die globalen Machtstrukturen wieder. Nach dem Ende des kalten Krieges ist sie damit mehr denn je ein direktes Instrument zur Umsetzung imperialistischer Interessen. Die Heuchelei um "Menschrechte" und "Schutz von Flücht-

den" könne man alleine daran sehen, dass Österreich zwar Truppen in den Tschad schicken würde, aber Flüchtenden aus der Region gleichzeitig das Asylrecht verwehrt wird. In der anschließenden Publikumsdebatte wurde vor allem ein weiterer Punkt präzisiert: Nämlich dass statt der UNO internationale Strukturen "von unten" notwendig wären, die gleichzeitig für eine Alternative zum globalen Kapitalismus eintreten.

**Kapitalismuskritik – aber mit
welchen Konsequenzen**

Lunacek schloss sich in ihrem Schlusswort der radikalen Kapitalismuskritik im Saal an. Ihr fehle allerdings der "Glaube", dass es möglich wä-

re, dieses System abzuschaffen. Es gehe vielmehr darum existierende Gestaltungsspielräume zu nutzen. Entsprechend dieser Strategie sprach sich Lunacek nicht nur für die schrittweise Veränderung der UNO aus, sondern u.a. auch dafür, nach allfälligen Wahlen (wieder) Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP aufzunehmen. Albert Kropf meinte demgegenüber abschließend, dass der Weg der SLP, die Situation durch den Aufbau von "Gegenmacht" zu verändern zwar scheinbar der schwierigere, aber letztlich realistischere wäre. Die Bilanz der Grünen in diversen Regierungen spräche hier ebenso wie die praktische Rolle der UNO in den letzten Jahrzehnten eigentlich für sich ...

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 174

Juli/August 2008



Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche!
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► **Mehr Programm!**

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Kein Fussbreit der rechten Hetze!

SLP-Mitglieder im Fadenkreuz der Nazis

Von Lisa Wawra
und John Evers, SLP-Wien

Mit dem Bündnis "Brigitte-nau gemeinsam gegen Rassismus und Nazis" – indem die Sozialistische Linkspartei (SLP) eine zentrale Rolle spielt – sind wir rechten Hetzern seit Monaten ein Dorn im Auge. Wir verteidigen in diesem Bündnis das demokratische Recht auf gleichberechtigte Religionsausübung für alle Menschen, die in der Brigitte-nau leben. Unsere antifaschistischen Kundgebungen gegen eine sogenannte "Bürgerinitiative Dammstraße" welche – tatkräftig von der FPÖ unterstützt – gegen die Aufstockung des islamischen Zentrums in der Dammstraße hetzt, werden zunehmend von Neonazis belagert. Auch in diversen rechtsextremen Foren im Internet wird die SLP zunehmend thematisiert und attackiert.

Sozialist als "selbsternannter Jude" !?

Nicht nur mit Bildern, Namen und Adressen werden SLP-Mitglieder in Neonaziforen genannt. Antifaschismus ist für diese Leute – genauso wie übrigens für einige FPÖler – schlicht eine "Geisteskrankheit". Besonders geschmacklos: SLP-Leitungsmitglied Michael Gehmacher wird als "selbsternannter Jude" bezeichnet. Die Lügenpropa-

ganda der NSDAP aus den 20er und 30er Jahren von der "jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung" – die letztlich nach Auschwitz führte – lässt hier grüßen. Bundessprecherin Grusch wird mit Sexismus aus der untersten Schublade beschimpft und bedroht. Nüchtern betrachtet, stellen wir von der SLP offenbar für diese Gruppen eine ernst zu nehmende Herausforderung da. Ebenso nüchtern betrachtet müssen wir aber nun auch mit zunehmenden Störungen unserer Kundgebungen durch rechte Schläger rechnen. Die "Bürgerinitiative Dammstraße" überlegt eine weitere Demo im September 2008. Diese wäre ein neuerlicher Aufmarsch von Neonazis und Rechtsextreme aus ganz Österreich. Sollte es diese Demonstration geben, ist eine massive antifaschistische Mobilisierung zu ihrer Verhinderung geplant.

Nazis planen schon neue "Rassengesetze"!

Die zunehmende Hetze gegen den Islam und Muslime ist aber nicht das einzige Thema, mit dem vor allem der rechte Rand Aufschwung erhält. Nicht zuletzt versuchen auch rechte und rechtsextreme Gruppierungen die Anti-EU-Stimmung zu nützen. Aufgrund des Fehlens einer wirklichen wählbaren Alternative im derzeitigen Polit-

sumpf aus SPÖ, ÖVP und Grünen verlegen sich fast alle diese Gruppen zunehmend auf soziale Themen, welche sie mit nationalistischer Hetze gegen Linke und MigrantInnen verbinden. Neben der FPÖ ("sozial statt sozialistisch"), gilt das insbesondere auch für noch extremere Gruppen wie die "Nationale Volkspartei" ("sozial statt global"). Was NVP und Co. tatsächlich mit "sozial" meinen, steht aber direkt in der Tradition faschistischer Ideologien; nämlich das "Recht" auf Durchsetzung des angeblich Stärkeren bzw. des "eigenen

Blutes" gegenüber anderen Völkern. So heißt es z.B. auf der NVP-Homepage zur Situation auf den Universitäten: "Für eine Auslese durch Leistung und nicht durch soziale Herkunft." Explizit wird im NVP-Programm nicht zuletzt eine klassenlose Gesellschaft abgelehnt. Der Hauptfeind ist für diese Leute nämlich nicht das Kapital, sondern die Zuwanderer bzw. Zuwanderung an sich. Hier wird schließlich sogar unverhohlen mit neuen Rassengesetzen, wie sie etwa im Deutschland der 1930er Jahre existierten, gedroht: "Jeder Zerstörung durch multi-

kulturelle Willkür wirken wir entgegen. Menschen, die an der Zerstörung eines Volkes und seiner Kultur arbeiten (...) werden wir im Rahmen der Gesetze zur Verantwortung ziehen." Bereits ein oberflächlicher Blick auf die Konzepte der Rechten gegen "Globalisierung" und "EU" zeigt somit, dass die Umsetzung ihrer Ideen tatsächlich fatale Konsequenzen für Millionen Menschen bedeuten würde. Die SLP wird deshalb alles dafür tun damit diesen Gruppen weder theoretisch noch praktisch Raum für ihre Hetze bleibt.

Nationale Linke?

Von Lila, SLP-Wien

Das Attribut wie revolutionär, antikapitalistisch und antiimperialistisch von neonazistischen Gruppen für sich beansprucht und propagiert werden, ist keine ganz neue Entwicklung. Schon Anfang der 80er-Jahre bot der damals führende Neonazi Michael Kühnen Linken und Autonomen einen "Waffenstillstand" an. Das Ziel war damals, eine "gemeinsame Front auf der Grundlage des Antimperialismus" aufzubauen; ein Unterfangen das freilich stets am Widerstand linker und sozialistischer Organisationen scheiterte. Auch heute gibt es solche "Angebote"; z.B. in Form der "Nationalanarchisten" unter der ideologischen Leitung von Peter Töpfer. Töpfer gab bis vor wenigen Jahren gemeinsam mit Andreas Röhler das Magazin "Sleipnir" heraus, das mehrfach wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda juristisch belangt wurde.

Gleichzeitig bezeichnen sich diese "Nationalanarchisten" zuweilen sogar als antifaschistisch (!), trotz betriebener Holocaust-Leugnung und offenem Antisemitismus. Aber auch in anderen Gruppierungen der rechten Szene werden immer öfter Sprüche der Gegenseite "entliehen". Parolen wie "Gegen Faschismus und Intoleranz" und "Solidarität mit Palästina und dem Irak" tauchen auf so mancher Nazi-Kundgebung auf. In Oberösterreich versuchten sich BFJler an Demonstrationen gegen den Irak-Krieg zu beteiligen. Abgesehen von der Aufgabe konkret gegen solche Kundgebungen zu mobilisieren, wächst damit auch die Herausforderung an Linke und SozialistInnen, Themen wie EU, Globalisierung und Antimperialismus nicht den Rechten zu überlassen. Ebenso müssen unsere Parolen und unser Programm klar internationalistisch sein und keinen Raum für nationalistische oder antisemitische "Fehlinterpretationen" zulassen.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at